

# Wie die Jugend tickt

**Weinfelden** Experten diskutierten am vierten Netzwerktreffen über die Anliegen und Probleme der Jugendlichen. Eine Studie mit den häufigsten Freizeitaktivitäten junger Menschen wurde präsentiert.

Claudia Schumm  
thurgau@thurgauerzeitung.ch

«Die Unterstützung durch unsere Familien oder Freunde ist uns sehr wichtig, wir möchten verstanden werden, Freiheiten haben und glücklich sein – und nicht schubladisiert werden», sind sich Shannon Tobler aus Weinfelden sowie Parwin Alem Yar und Fynn Stutz aus Frauenfeld einig. Zusammen mit vier weiteren Thurgauer Jugendlichen vertraten sie am Netzwerktreffen der Verantwortlichen für die Kinder- und Jugendförderung im Lebensraum Thurgau die Interessen der Jugend als Resonanzgruppe. Am Donnerstag, 17. November, fand das Netzwerktreffen zum vierten Mal statt.

## Chancengleichheit für alle Jugendlichen

Rund 130 Fachleute folgten der Einladung der Fachstelle für Kinder-, Jugend- und Familienfragen (KJF) des Kantons Thurgau zum Thema «Die Jugend von 2016: Was sie bewegt, wie sie tickt und was dies für die Gemeinden bedeutet». In seiner Begrüssung wies Pascal Mächler, Leiter der Fachstelle KJF, darauf hin, dass das Thema Jugend in den Medien allgegenwärtig sei, und zeigte dazu verschiedene Beispiele von Zeitungsartikeln. Janine Rüdissimi von der Fachstelle KJF informierte über das neue Konzept «Frühe Förderung» des Kantons Thurgau. Ein Schwerpunkt sei, Familien mit besonderen Bedürfnissen zu unterstützen, erklärt sie. «Alle Kinder sollen die gleichen Chancen haben.» Sinnvoll sei die Frühförderung beispielsweise auch für fremdsprachige Kinder. «Wenn sie schon früh Deutsch lernen, wird der Kindergarten Eintritt für sie wesentlich einfacher.»



Philipp Gäumann, Maya Mettler, Serge Zaugg sowie Jessica Guimarães da Costa aus Steckborn am Netzwerktreffen.

Bild: Claudia Schumm

Stephan Schlenker, Dozent am Institut für Soziale Arbeit der Fachhochschule St. Gallen, referiert zum Hauptthema «Wie tickt die Jugend von heute?». Er präsentierte den Anwesenden unter anderem anhand der Shell-Jugendstudie 2015 die fünf häufigsten Freizeitaktivitäten der deutschen Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren, welche auch für die Schweiz von Interesse sind. Genannt wurden am häufigsten: «sich mit anderen treffen», «Musik hören», «im Internet surfen», «TV schauen» sowie «sich im Verein und für andere engagieren». Traditionelle Wer-

te seien für die Jugend nach wie vor sehr wichtig, fügt der Dozent hinzu. Die heutigen Jugendlichen seien sehr mobil «einmal hier, einmal dort – und dies auch durchaus grenzübergreifend». Schlenker sprach zudem über die Risiken für die Kinder und Jugendlichen in der Schweiz. «Zu diesen gehören Armut, von welcher Familien mit alleinerziehenden Müttern oder Vätern oft betroffen sind, fremde Herkunft, Erfahrungen von Misshandlungen und Vernachlässigung oder familiäre Streitigkeiten.» Auch die Folgen der Individualisierung der Gesellschaft wurden von

Schlenker erläutert. «Jeder von uns ist in zunehmendem Mass auf sich selbst gestellt.»

## Den Dialog fördern

Zum Abschluss wurde anhand von Praxisbeispielen gezeigt, wie der Dialog mit den Kindern und Jugendlichen gefördert werden kann. Gemäss Cristina Blasucci von Midnight Sports Aadorf steht den Jugendlichen in Aadorf jeden Samstagabend von Oktober bis März eine Turnhalle zur Verfügung: «Die Jugendlichen können dort Sport treiben oder sich einfach mit Freunden unterhalten.»

Als weiteres Praxisbeispiel stellte Andrea Hofmann den Kinderrat Frauenfeld vor. Nina Rodel, Stadträtin von Bischofszell, wies darauf hin, dass sie gerne die sozialen Medien nutzen, um mit Jugendlichen in Kontakt zu treten.

Das Netzwerktreffen hat sich in den Augen der Jugendlichen gelohnt: «Es wurde nicht nur über, sondern mit den Jugendlichen gesprochen», stellte Shannon Tobler fest. Parwin Alem Yar zeigt sich erstaunt darüber, dass sich so viele Erwachsene mit dem Thema Jugend befassen. «Ich habe grossen Respekt vor dieser Arbeit.»

## Herzog kritisiert Brief der Verbände

**Brief** Die Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog hat einen Leserbrief an die Gegner der Volksschul-Initiative geschrieben. Darauf haben sich die Verbände von Schulgemeinde, Schulleitern und Bildung Thurgau gemeinsam in einem offenen Brief gewehrt. Unter anderem bemängelten sie, dass mit dem Leserbrief von Frau Herzog die Diskussion um die Initiative auf ein «bedenkliches Niveau» gesunken sei. Nun folgt eine Reaktion seitens Herzog auf den «aggressiven Brief von Anne Varenne, Thomas Minder und Felix Züst», wie sie schreibt, «sie spielen die beleidigte Leberwurst und versuchen bewusst, mir das Wort im Mund herumzudrehen. Frau Varenne und Herr Minder sind mir aus Weinfelden in prägender Erinnerung, wo sie um klare Worte zu den Folgen des Lehrplans 21 gerungen haben. Wer sich einer Diskussion um die Bildungszukunft in der Schweiz und zum Lehrplan 21 aus behördlicher Befangenheit nicht stellen darf, wird oft nervös, verlässt die Sachebene und verliert die Fassung.»

## Leserbriefe für die freie Meinungsäusserung

Dabei seien hinter vorgehaltener Hand die Stimmen differenzierter, gerade auch bei den Lehrpersonen, Schulleitungen und Behördenmitgliedern, schreibt Herzog weiter. Leserbriefe seien dazu da, die eigene Meinung zu einem Sachverhalt äussern zu können: «Das ist ein demokratisches Recht, das viel mit Pressefreiheit und gelebter Demokratie zu tun hat. Wer dem Gegner den Mund verbieten will, mit Steuergeldern seinen einseitigen Abstimmungskampf finanziert und Plakate auf öffentlichem Schulareal aufstellt, sollte mit vollmundigen und öffentlichen Anschuldigungen vorsichtiger sein.» Sie hoffe, dass die Bevölkerung die Zeichen verstehen werde und sich klar für eine starke Thurgauer Volksschule ausspreche, «die ohne teure Experimente, Wutausbrüche und Drohgebärden auskommt». (red.)

## Ringen um Wahrnehmung

**Raumplanung** Der Status der Ostschweiz im Raumkonzept Schweiz bleibt ungewiss. Der Bundesrat antwortet ausweichend.

Im kommenden Jahr geht es für die Ostschweiz um die Wurst – zumindest was die Raumplanung angeht. Ende 2017 wird der erste Fünfjahresbericht zum Raumkonzept Schweiz vorgelegt, das seit 2012 die Richtung für die gesamtschweizerische Raumentwicklung vorgibt. Das Konzept ist zwar juristisch unverbindlich, hat aber erhebliches politisches Gewicht.

### Die Ostschweiz gilt nicht als Metropolitanregion

In der ersten Fassung von 2012 wurden zwölf sogenannte Handlungsräume definiert. Die Ostschweiz wurde den «klein- und mittelstädtisch» geprägten Regionen zugeschlagen. Seither fordern Ostschweizer Politiker regelmässig, dass die Region St. Gallen-Bodensee-Appenzell zur Metropolitanregion aufgewertet wird. Als Metropolitanregionen gelten urbane Siedlungsräume mit entsprechender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strahlkraft. Dass die Ost-

schweiz in Bundesbernen nicht als solche gesehen wird, ist ein offenes Geheimnis.

Umso vehementer stehen hiesige Interessenvertreter in Bern für die Neubewertung der Ostschweiz im Rahmen des Raumkonzepts ein. Denn letztlich sind es Metropolitanregionen, die in der Raumentwicklung prioritär behandelt werden.

### Antwort mit geringem Erkenntniswert

Der jüngste Anlauf geht auf das Konto des Innerrhodener CVP-Ständerats Ivo Bischofberger. In einer Interpellation forderte er den Bundesrat auf, zur Überarbeitung des Raumkonzepts und zum künftigen Status der Ostschweiz Stellung zu beziehen. Der Vorstoss trägt auch die Unterschrift von Andrea Caroni (FDP/AR), Roland Eberle (SVP/TG), Karin Keller-Sutter (FDP/SG) und Paul Rechsteiner (SP/SG). Nun liegt die Antwort vor – der Erkenntniswert ist allerdings

gering. Konkrete Aussagen zum Stellenwert der Ostschweiz gibt es nicht, ebenso wenig zu den Metropolitanregionen.

Dies obwohl Bischofberger explizit danach gefragt hat, ob die Ostschweiz in die Prüfung mit einbezogen wird. Schliesslich überschreite die Region gemäss neuester Statistik die Einwohnerzahl von 500 000 und erfülle «auch sonst die wichtigsten Metropolitanfunktionen». Immerhin hält der Bundesrat fest, dass er sich dafür einsetzen will, eine solche «Diskussion zu ermöglichen und entsprechend zu begleiten». Er relativiert dieses Versprechen aber gleich selber: Für eine Überarbeitung des Raumkonzepts wäre «auf jeden Fall ein politisches Entscheidgremium und eine gemeinsame Vereinbarung aller Staatsebenen notwendig». Anders gesagt: Von einer Aufwertung ist die Ostschweiz noch weit entfernt.

**Andri Rostetter**  
andri.rostetter@tagblatt.ch

## Neonazi-Anlässen den Riegel schieben

**Vorstösse** Die CVP-GLP-Fraktion im St. Galler Kantonsrat sieht politischen Handlungsbedarf.

Das Neonazi-Konzert in Unterwasser von Mitte Oktober und der anschliessende Pnos-Anlass mit verbotener rechtsradikaler Musikbegleitung in Kaltbrunn offenbare Mängel im Nachrichtensystem zwischen Kanton, Gemeinden und Sicherheitskräften. Zu diesem Schluss kommt die CVP-GLP-Fraktion im St. Galler Kantonsrat. Es sei nicht nachvollziehbar, wieso solche Anlässe ohne Kenntnis von Vermietern der Infrastrukturen sowie Behörden und Sicherheitskräften durchgeführt werden konnten. Sie will daher in der Novembersession eine Interpellation zu diesem Thema einreichen. Die Regierung soll unter anderem auf die Frage antworten, welche Vorkehrungen auf Stufe Kanton und Gemeinde getroffen würden, um die Durchführung von Anlässen mit extremistischem Hintergrund zu verhindern.

Nach den Neonazi-Anlässen sah sich die St. Galler Kantonspolizei grosser Kritik ausgesetzt: Ihr wurde vorgeworfen, nicht

energisch genug vorgegangen zu sein. Gleichzeitig habe die Kantonspolizei den Anlass beschönigt und verharmlost. Dies zumindest hatten die Jungsozialisten des Kantons St. Gallen in einem Communiqué geschrieben. Die Jungfreisinnigen wollten von Sicherheits- und Justizchef Fredy Fässler (SP) wissen, wie hoch die Kosten der Polizeieinsätze in Rapperswil und Kaltbrunn gewesen sind.

Die Kritik gipfelte in der Forderung der Sozialdemokraten, der St. Galler Polizeikommandant Bruno Zange müsse zurücktreten. Die St. Galler Regierung wird nicht zum ersten Mal in Sachen Neonazi-Konzert befragt. Bereits kurz nach dem Anlass, an welchem rund 6000 Rechtsextreme teilgenommen haben, hatten SP und Grüne eine einfache Anfrage an die Regierung gestellt: Sie wollten wissen, welche Massnahmen notwendig seien, «damit solche Neonazi-Konzerte in Zukunft verhindert werden können». (tn)

## Die Zukunft der Welt

**Vortrag** Die Thurgauer Gruppe der Internationalen Vereinigung christlicher Geschäftsleute (IVCG) hatte zum Abendmeeting im Gasthaus Trauben in Weinfelden geladen. Alt Nationalrat Jean-Pierre Graber, langjähriger Rektor der Wirtschaftsmittelschule La Neuville, sprach vor 70 Gästen zu den Zukunftsprognosen der Welt. Er nannte Globalisierung und zunehmende Entchristianisierung Europas und der Schweiz als weitreichende Ursachen für den Abbau staatlicher Souveränität und der Auflösung traditioneller Identitäten. «Auch wenn die meisten Schweizer und Europäer nie Christen aus tiefer eigener Überzeugung waren, haben Bibel und Christentum die Kultur der westlichen Welt stark beeinflusst.» Folge der zunehmenden Zurückweisung christlicher Grundsätze seien die Auflösung der klassischen Ehe und Familie, zunehmende Gewalt in unseren Ländern und wachsende Staatsausgaben», sagte der Referent weiter. (red.)